

*Radosław Supranowicz**

„FÜNFUNDZWANZIG JAHRE WAREN ILLUSIONEN BILLIG ZU HABEN“. REALISTISCHE POSITIONEN BUNDESDEUTSCHER PRESSE ZUM VERLUST DES DEUTSCHEN OSTENS

**“ILLUSIONS WERE CHEAP FOR 25 YEARS.”
THE PRAGMATIC ATTITUDES OF THE WEST GERMAN
PRESS CONCERNING THE LOSS OF THE
GERMAN EAST**

Vorbemerkungen

Im polnischen und deutschen publizistischen Schrifttum der ersten Jahrzehnte nach 1945 finden sich zahlreiche in der überregionalen und regionalen Presse erschienene Artikel, die sich mit der neuen politischen Ordnung und den neu geschaffenen Realitäten auf dem europäischen Kontinent auseinandersetzen. Insbesondere in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren wurde seitens der bundesdeutschen Publizisten, darunter den Repräsentanten der bekannten deutschen „Unfähigkeit zu trauern“¹, eine imposante Zahl Presseartikel hervorgebracht, in denen der langwierige und stolprige Prozess des mühsamen allmählichen Sich-Abfinden-Müssens mit der neuen Grenzziehung in Europa sichtbar wurde. Exploriert man die alten bundesdeutschen Presseartikel der ersten fünf Jahrzehnte nach 1945, so ist gleich zu vermerken, dass die meisten umfangreichen Stellungnahmen vorwiegend entweder als Echo und aus Anlass wichtiger geschichtlicher Schritte zur deutsch-polnischen Annäherung entstanden oder eine Reaktion auf aktuelle Ereignisse im politischen bzw. gesellschaftlichen Leben des Nachbarlandes waren. So brachten beispielsweise die Jahre 1962 (Tübinger Memorandum), 1965 (Austausch der Botschaften zwischen beiden Episkopaten), 1968 (Memorandum des Bensberger Kreises), 1970 (Aushandlung und Unterzeichnung des Warschauer Vertrages), Anfang der 1980er Jahre (erstickte Freiheitsbestrebungen in Polen und Polen-Krise) und 1989/91 (Wende in Osteuropa, deutsch-polnische Verträge) die meisten dem bilateralen Verhältnis gewidmeten Aussagen und Kommentare in der Presse beider Länder.

* dr, Katedra Filologii Germańskiej, Uniwersytet Warmińsko-Mazurski w Olsztynie.

¹ Der Begriff geht auf eine von Alexander und Margarete Mitscherlich 1967 veröffentlichte Sammlung gesellschaftsanalytischer Arbeiten unter dem Titel *“Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen des kollektiven Verhaltens”* zurück.

Ziel

All diese „mit Staub bedeckten“ Stimmen und Stellungnahmen aus den ersten Jahrzehnten nach 1945 bergen immer noch ein ansehnliches Gedankengut und sind wichtige literarische Zeugnisse, die das zeitgeschichtliche Bild vor Augen führen und die Stärke der einstmaligen gesellschaftlichen Wahrnehmung nicht nur brisanter Fragen widerspiegeln. Natürlicherweise wurden auch die ehemals deutschen Provinzen im Osten und deren bitterer Verlust häufig zum Hauptthema jener Presseartikel, welche die deutsch-polnische Problematik zum Thema hatten und sich somit mit der Hypothek im bilateralen Verhältnis auseinandersetzten. Auch in der vorliegenden Studie wird auf einige gestrige und vorgestrigere publizistische, in der bundesdeutschen Presse erschienene Stellungnahmen, vornehmlich diejenigen, die in den 1960er und Anfang der 1970er Jahre erschienen sind, zurückgegriffen. Es handelt sich um Artikel, in denen Bezug auf das Problem der neuen Grenzziehung in Europa nach 1945 und somit auch auf die alte deutsche Heimat im Osten und deren Verlust genommen wird. Herangezogen werden auch diejenigen Stellungnahmen und Kommentare zum wichtigsten politischen Arrangement im bilateralen Verhältnis nach 1945, dem Warschauer Vertrag, deren vernünftige und weitsichtige Autoren einerseits den bitteren Verlust des ehemals deutschen Ostens wahrnehmen und sich mit ihm abzufinden versuchen, andererseits dem verfahrenen Festhalten in der illusionären Hoffnung auf jegliche Korrekturen der Oder-Neiße-Grenze ein Ende setzen wollen.

Historisches Umfeld

Die 1945 herbeigeführte Westverschiebung Polens ist – es muss deutlich gesagt werden – ausschließlich nur als eine der Folgen des Zweiten Weltkrieges zu betrachten. Und nur in diesem katastrophalen Ereignis sind die Ursachen sowohl für die erfolgten Grenzkorrekturen, den erzwungenen Transfer der ostdeutschen Bevölkerung als auch für die mehr als vier Jahrzehnte dauernde Spaltung Deutschlands zu suchen. Den deutschen Unmut und Verunsicherung über die entstandene Situation in den ersten Jahren nach 1945 mag das folgende, der politischen Wochenschrift „Die Zeit“ entnommene Zitat veranschaulichen: „Sind wir wahrhaft noch ein Staat von einst? Das Volk von einst? Die deutsche Volksgrenze im Osten verläuft da, wo sie ungefähr in dem Jahrhundert zwischen 900 und 1000 verlief. Ein Jahrtausend deutscher Geschichte ist also im deutschen Osten zerstört worden. [...] In zwei Staaten gespalten, von Soldaten besetzt, die aus Kalifornien, San Franzisko, Schottland, Sibirien und Turkestan kommen, stellt Deutschland ein phantastisches Gebilde dar, das aller geschichtlichen Kategorien spottet“². Mit dieser schwierigen politischen Lage im Deutschland der Nachkriegszeit und mit den erfolgten Grenzverschiebungen auf dem europäischen

² Vgl. M. Freund, *Volk ohne Geschichte. In der Schlucht zwischen Vergangenheit und Zukunft*, in: *Die Zeit* vom 26.07.1956.

Kontinent konnte sich eine umfangreiche Zahl Deutscher nicht abfinden und äußerte immer wieder den Wunsch, das verlorene Land im Osten wiederzugewinnen. Auch sollte den heutigen Rezipienten keinesfalls in Verwunderung setzen, dass in zahlreichen Presseartikeln, die sich mit diesem Verlust auseinandersetzten, der urdeutsche Charakter dieser Provinzen hervorgehoben wurde und auf eine Möglichkeit (und Notwendigkeit) einer Rückkehr in die alte deutsche (angestammte) Heimat immer wieder mit Nachdruck verwiesen wurde. Insbesondere seitens der Vertriebenen und der mit den Organen der ostdeutschen Landsmannschaften verbunden Autoren wurden (eigentlich bis zu der Wende in Europa 1989/90 andauernde) scharfe Parolen artikuliert³. So sind beispielsweise im Jahre 1968 in dem bedeutenden Heimatblatt „Der Sudetendeutsche“ Worte „Ohne Ostdeutschland – keine deutsche Zukunft“⁴ zu finden. Auch unter der übrigen Bevölkerung Deutschlands erfolgte die Akzeptanz des entstandenen Status quo nur langsam. So wird die territoriale Realität nach Potsdam im Jahre 1959 in der Tageszeitung FAZ mit dem Begriff „Annexion Ostpreußens“ und „Übergabe Ostdeutschlands an die polnische Verwaltung“⁵ quittiert oder im Jahre 1965 wird vom späteren US-Außenminister Henry Kissinger die neue polnische Westgrenze (im Artikel als „Oder-Neiße-Linie“ bezeichnet) „eine der menschlichen Tragödien unserer Zeit“⁶ genannt. Der allmähliche Wandel vollzog sich in den deutschen Herzen und Gemütern nur sehr zögernd. Wie man den damaligen demoskopischen Umfragen entnehmen kann, erklärten noch im Jahre 1951 82% der befragten deutschen Einwohner, man solle sich nicht mit der Oder-Neiße-Grenze abfinden; 8% wollten die Grenzänderungen akzeptieren und 12% waren unentschieden. Im August 1953, zur Zeit der heftigen Debatte um die deutsche Wiederbewaffnung, vertraten nur 12% die Ansicht, dass man die Rückgewinnung der ehemals ostdeutschen Provinzen notfalls auch durch Krieg betreiben müsse; nicht weniger als 77% lehnten eine Rückgewinnung durch Krieg strikt ab. Zur gleichen Zeit waren 66% der Bundesbürger der Meinung, dass der ehemalige deutsche Osten irgendwann wieder zu Deutschland gehören würde und 11% glaubten, dass die Ostprovinzen für immer verloren seien⁷. Diese Zahl der mit der Oder-Neiße-Grenze Unzufriedenen betrug noch im Jahre 1959 67% und sank bereits 7 Jahre später 1966 auf 54%⁸. Die angeführten Zahlen veranschaulichen, wie mühsam und langsam der Abschied vom ehemals deutschen Osten erfolgte. Die Gegner der Grenze an der Oder und Neiße beriefen sich in ihrer Argumentation auf das Schlusscommuniqué der Potsdamer Konferenz, in dem eine endgültige Regelung der deutschen Grenzen einem (inzwischen mythologisch gewordenen) Friedensvertrag überlassen wurde, also die deutsche Frage – nach

³ Vgl. folgende Parolen: *Schlesien bleibt unser, Oder-Neiße-Grenze niemals, 3-mal geteilt? – Niemals*, die sowohl in der Presse der Landsmannschaften als auch auf zahlreichen Kundgebungen artikuliert wurden.

⁴ Vgl. W. Pleyer, *Der Dolchstoß der Linkskatholiken*, in: *Der Sudetendeutsche* vom 8.3.1968.

⁵ Vgl. N. Benckiser, *Der Rechtsstandpunkt*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26.11.1959.

⁶ Vgl. H. Kissinger, *Wege zur deutschen Einheit*, in: *Die Zeit* vom 15.5.1965.

⁷ Vgl. K. W. Beer, *Denkt das Volk so?*, in: *Die Zeit* vom 24.3.1956.

⁸ Vgl. *Umfragen. Oder-Neiße-Grenze*, in: *Der Spiegel* vom 26.10.1970.

ihrer Ansicht – offen geblieben war⁹. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und die auf den Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam beschlossene Westverschiebung Polens auf Kosten Deutschlands, mit der Hervorhebung, dass sie erst in einem künftigen Friedensvertrag endgültig bestätigt werden müsse, hatte zur Folge – was ein Anliegen Stalins war –, dass das deutsch-polnische Verhältnis dauerhaft vergiftet wurde und Polen an die Sowjetunion – den Garanten der neuen Grenzen – gebunden wurde. Zweieinhalb Jahrzehnte mussten nach 1945 vergehen, bis die neuen Grenzen in Europa völkerrechtlich auch von dem zweiten deutschen Staat¹⁰ – der Bundesrepublik Deutschland anerkannt wurden und es zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen kam. Es war Willy Brandt und dessen neue Ostpolitik mit der berühmten Parole „Wandel durch Annäherung“, die das „erstarrte Verhältnis zum Ostblock neu ordnen sollte“¹¹ und die nach vielen (meist kirchlichen) Annäherungsschritten der 1960er Jahre jene Annäherung an die kommunistisch regierten Länder Osteuropas herbeiführen konnte¹². Dem polnischen Staat gegenüber fand die Politik der Regierung Brandt/Schell ihren Höhepunkt in dem am 7.12.1970 unterzeichneten Warschauer Vertrag, den der berühmte, inzwischen zu einer Ikone gewordene Kniefall des deutschen Bundeskanzlers vor dem Mahnmahl für die Opfer des Aufstandes im Warschauer Ghetto krönte¹³. In dem Vertrag erkannte die Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Grenze an und der Vertrag selbst sollte einen neuen Anfang in den bilateralen Beziehungen herbeiführen und zu einem Schlusspunkt unter die Vergangenheit werden, wie der damalige Warschauer Korrespondent der Wochenschrift „Die Zeit“ Hansjakob Stehle dieses politische Arrangement begrüßte¹⁴. Schwere Vorwürfe seitens der mit der Oder-Neiße-Grenze Unzufriedenen trafen Brandt für die Preisgabe des deutschen Ostens. Parolen wie „Volksverräter Willy Brandt“ oder „Brandt an die Wand“ erwarteten bald den deutschen Bundeskanzler nach seiner Rückkehr aus Warschau¹⁵. Der Warschauer Vertrag war ein Produkt des Umdenkens, das sich immer intensiver in den 1960er Jahren in breiten Kreisen der Bundesrepublik abzeichnete. Obwohl

⁹ In einem Spiegel-Artikel wird die entstandene Situation als „Potsdamer Provisorium“ bezeichnet. Vgl. *Oder–Neiße-Grenze. Das große Tabu*, in: Der Spiegel vom 22.11.1961.

¹⁰ Die DDR erkannte die Oder–Neiße-Grenze 1950 im sog. Görlitzer Vertrag an.

¹¹ Vgl. K. Schlüter, *Günter Grass im Visier. Die Stasi-Akte*, Berlin 2010, S. 73. Vgl. auch ergänzend hierzu: K. Stokłosa, *Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990*, Göttingen 2011, S. 95–327.

¹² Es sind in der neueren Zeit sehr viele Publikationen, die das deutsch-polnische Verhältnis zum Thema haben. Zur Darstellung des deutsch-polnischen Dialogs in den 1960er Jahren vgl.: F. Boll/W. Wysocki/K. Zimmer (Hrsg.), *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik*, Bonn 2009.

¹³ Der Warschauer Kniefall Willy Brandts ist nach viereinhalb Jahrzehnten immer noch Thema wissenschaftlicher Studien: Vgl. A. Behrens (Hrsg.), *„Durfte Brandt knien?“*. *Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag. Eine Dokumentation der Meinungen*, Bonn 2010, Ch. Schneider, *Der Kniefall von Warschau: Spontane Geste – bewusste Inszenierung?*, in: G. Paul (Hrsg.), *Das Jahrhundert der Bilder*. Bd. II: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 410–417, M. Wolffsohn/Th. Brechenmacher, *Denkmalsturz? Brandts Kniefall*, München 2005.

¹⁴ H. Stehle, *Schlusspunkt unter die Vergangenheit*, in: Die Zeit vom 11.12.1970.

¹⁵ Vgl. hierzu den interessanten Artikel: P. Merseburger, *Die Zeit der großen Gefühle*, in: Der Spiegel/Geschichte vom 31.3.2009.

bereits Konrad Adenauer und auch die zwei späteren Bundeskanzler sich dessen bewusst waren, dass eine Wiedererlangung des ehemals deutschen Ostens nicht möglich ist und ohne eine Gewaltanwendung nie möglich sein wird, bekundeten sie offen und wortlaut etwas Gegensätzliches¹⁶. Erst Willy Brandt, der erste SPD-Bundeskanzler, brachte den nötigen politischen Mut auf, die Konsequenzen aus dem verlorenen, von den Deutschen entfesselten Krieg zu ziehen und die territorialen Nachkriegsrealitäten anzuerkennen¹⁷ und nahm Gespräche mit den östlichen Nachbarn auf, die in den sog. Ostverträgen mündeten. Dem Moskauer Vertrag vom August 1970 folgte der Warschauer Vertrag, für dessen Ausarbeitung beinahe 10 Monate und sechs Verhandlungsrunden nötig waren, bis im November 1970 die Schlussgespräche auf Ministerebene und die Paraphierung des Vertrages stattfinden konnten. Am 7. Dezember 1970 kam es zum ersten Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes nach 1945 in Polen und zur Unterzeichnung des Vertrages. Diese Ereignisse fanden natürlich eine imposante Resonanz in der Presse beider Länder. Dieses bereits erwähnte Umdenken in den breiten Kreisen der bundesrepublikanischen Gesellschaft, dessen Krönung die Warschauer Dezembervisite und der Kniefall waren, wollte nicht allen zuteilwerden. Um die Positionen der Gegner des Vertrages zu präsentieren dürften bereits die unten aufgelisteten Titel und Untertitel reichen: Ostdeutschland darf kein Ausland werden, Bonn verschenkt Ostdeutschland, Bonn kapituliert in Warschau, Halbmast für Deutschland, Ein schwarzer Tag unserer Geschichte, Ein verhängnisvoller Vertrag, Verzicht bringt keine Versöhnung, Nationalismus und Kommunismus haben sich durchgesetzt, Vertrag mißachtet die Menschenrechte, Das Warschauer Diktat, Der Verzicht ist ein Verbrechen, Der Warschauer Vertrag – ein dunkles Kapitel europäischer Geschichte¹⁸. Diese schreienden Parolen sind charakteristisch für die Artikel in den Presse-Organen der Landsmannschaften und in der mit dem Verleger Axel Springer verbundenen Presse (Bild-Zeitung, Die Welt), die jedoch etwas mildere Kommentare brachte. Bei der Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung fand jedoch die neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Schell und der Warschauer Vertrag selbst eine positive Annahme. In der meinungsbildenden überregionalen Presse fanden sich auch Autoren, darunter publizierende Schriftsteller, die häufig persönlich vom Vertreibungsgeschehen betroffen waren, die sich im Jahre des Warschauer Vertrages, aber auch bereits Ende der 1950er und in den 1960er Jahren die damals bestehenden territorialen Realitäten auf dem europäischen Kontinent wahrgenommen haben, dem ewigen Beharren im doktrinären Denken ein Ende setzen wollten und endlich die wach gehaltenen Illusionen einer Wiedererlangung der nun polnisch gewordenen sog. West- und Nordgebiete verabschieden wollten.

¹⁶ Vgl. G. Labuda, *Polska granica zachodnia. Tysiąc lat dziejów politycznych*, Poznań 1974, S. 320.

¹⁷ Vgl. ergänzend hierzu: G. Niedhart, „Phase widerspruchsvollen Wandels“. Willy Brandts Entspannungspolitik und die deutsch-polnischen Beziehungen 1966–1974, in: F. Boll/K. Ruchniewicz (Hrsg.), „Nie mehr eine Politik über Polen hinweg“. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, S. 44–69.

¹⁸ Die obigen Überschriften wurden den Organen *Der Westpreuße*, *Der Schlesier*, *Das Ostpreußenblatt*, *Sudetendeutsche Zeitung* (Jahrgang 1970) entnommen.

Abschied von Rückkehr-Illusionen

Die Temperatur im deutsch-polnischen Verhältnis stieg erheblich mit der Verantwortungsübernahme durch Willy Brandt, was sich auch in zahlreichen Presseartikeln manifestierte, aber der Prozess des allmählichen Umdenkens wurde – wie bereits angedeutet – in den breiten Kreisen der bundesrepublikanischen Gesellschaft bereits Ende der 1950er Jahre sichtbar. So kann man in diesem Zusammenhang einen in der Wochenschrift „Der Spiegel“ erschienenen Artikel aus dem Jahr 1959 heranziehen, in dem an der auf die Wiedergewinnung der ehemals ostdeutschen Provinzen gerichteten Rhetorik des ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer eine scharfe Kritik geübt wird: „Die Versprechungen [...] genügten Konrad Adenauer, um seinen Anhängern **die Illusion** [hervorgehoben von R. S.] zu vermitteln, Deutschland könne mit Hilfe Europas den Konsequenzen der hitlerschen Niederlage von 1945 entgehen und die siegreiche Sowjet-Union aus ihren im Kriege gewonnenen Positionen zurückdrängen.“¹⁹ Adenauers Trachten nach einer Revision des territorialen Status quo wird hier unter dem Begriff „Illusion“ subsumiert. Drei Jahre später schlug auch Henri Nannen, der Gründer des Magazins „Der Stern“ und ein Befürworter der Annäherung an den Osten vor, die Rhetorik des Kalten Krieges zu unterbrechen und auch er nannte jegliche Hoffnung auf eine Korrektur der deutsch-polnischen Grenze an der Oder und Neiße eine Illusion: „Die Grenzen unseres Staates sind gegeben, und wir haben einiges dazu getan, dass sie heute so eng sind. Wozu also **Illusionen** [h. v. R. S.] über eine Rückkehr der Vertriebenen in die ostpreußische, schlesische oder sudetendeutsche Heimat? Ohne Krieg werden weder die Sowjets noch ihre Satelliten diese Gebiete freigeben.“²⁰ Es sollte in diesem Zusammenhang auch darauf verwiesen werden, dass sich Henri Nannen auch in seiner nichtpublizistischen Aktivität offen für die Anerkennung des politischen Status quo nach 1945 aussprach und in den 1960er Jahren die neue Ostpolitik Willy Brandts unterstützte. Er gehörte auch zu der imposanten Delegation, die Willy Brandt bei seiner Warschaureise im Dezember 1970 begleitet hatte.

Auch in der Hamburger Wochenschrift „Die Zeit“ findet man 1964 Hinweise, dass man auf falsche Hoffnungen auf eine Rückkehr zu den Vorkriegsgrenzen und illusionäre Denkweise verzichten müsse: „Das Hauptproblem deutscher Politik liegt gegenwärtig darin, ihren Gewaltverzicht *glaubhaft zu machen* – mit allen schließlich darin liegenden Konsequenzen. Dazu gehört die nüchterne, wenn auch schmerzliche Erkenntnis dessen, was in *Potsdam* wirklich geschah – und was seitdem in der Weltmeinung und in den Oder-Neiße-Gebieten vor sich ging. Dazu gehört besonders der Verzicht auf die Verbreitung falscher Hoffnungen. Und die Bereitschaft, sich ehrlich der Frage zu stellen, die uns immer wieder – nicht nur von Polen – entgegengehalten wird: Wenn nicht mit Gewalt – wie denn?“²¹ Der Autor des Artikels Hansjakob Stehle, der Warschauer Zeit-Korrespondent, kritisiert das nutzlose Ringen

¹⁹ Vgl. *Oder–Neisse. Was man gestohlen hat*, in: *Der Spiegel* vom 08.04.1959.

²⁰ Vgl. H. Nannen, *Keine Illusionen in der Deutschlandpolitik*, in: *Der Stern* vom 28.6.1961.

²¹ Vgl. H. Stehle, *Linie oder Grenze? Zum Oder-Neiße-Streit: der historische Hintergrund*, in: *Die Zeit* vom 30.10.1964.

der bundesdeutschen Politiker um eine Wiedererlangung der verlorenen Provinzen und steht auf dem Standpunkt, dass die Bundesrepublik die Nachkriegsrealitäten anerkennen und „die Verbreitung falscher Hoffnungen“ unterlassen solle. Aus dem Jahre 1968 stammt eine deutlichere Stimme des bereits erwähnten Henri Nannen. Der Stern-Gründer skizziert in dem Artikel, dessen Titel die Form einer Gretchenfrage hat, *Nun sag, wie hast du's mit der Illusion?*²² die Reaktionen der drei ersten bundesdeutschen Kanzler auf die von Nannen artikuliert Aufforderung, endlich „die **Illusionen** [h. v. R. S.] zu begraben“²³. Die Reaktion von Konrad Adenauer war: „Illusionen, [...] meinetwegen nennen Sie es Illusionen, vielleicht haben Sie recht, aber wat jlauben Sie wohl, lieber Herr Nannen, wat für eine Rolle Illusionen so in der Weltgeschichte spielen!“²⁴. Der Nachfolger Adenauers Ludwig Erhard, ebenfalls von Nannen gebeten, den Vertriebenen bei einer ihrer Kundgebungen, „die Augen für die Nachkriegsrealität zu öffnen“²⁵, soll mit der Gegenfrage geantwortet haben: „Meinen Sie, dass ich da lebend wieder rauskommen würde?“²⁶. Auch der Vorgänger Willy Brandts Kurt Georg Kiesinger hielt es für nicht denkbar, Ende der 1960er Jahre seinen Mitbürgern und vor allem dem Millionenschar Vertriebenen die Nachricht zu verkünden, dass eine Rückkehr des ehemals deutschen Ostens zu Deutschland unrealistisch ist. Seine Reaktion auf Nannens Vorschlag, „die Deutschen endlich von nutzlosen **Illusionen** [h. v. R. S.] zu befreien“²⁷, war: „Die Deutschen sind eben noch nicht so weit. Sicher würde die Anerkennung unsere Außenpolitik nach Osten wie nach Westen erleichtern, aber sie könnte in der Bundesrepublik eine Welle des Rechtsradikalismus heraufbeschwören.“²⁸. Für Nannen waren diese drei Reaktionen im Grunde genommen gleich. Für ihn haben sich die drei ersten Bundeskanzler entweder „von dem Glauben an die Fakten bildende Kraft der Illusion“ oder von „der Befürchtung, das Volk sei für die Wahrheit noch nicht reif“ leiten lassen. Die Oder-Neiße-Grenze gelangte aber erst unter dem vierten Bundeskanzler Willy Brandt in den äußerst starken Fokus der öffentlichen Debatte. Die meisten Artikel und Stellungnahmen zu diesem brisanten unbewältigten Grenzproblem entstanden aus Anlass der Aushandlung und Unterzeichnung des Warschauer Vertrages. Auch in ihnen begegnet der Rezipient vernünftigen Stellungnahmen, die von einer Anerkennung der bestehenden Realitäten und der Notwendigkeit einer Abkehr von gefährlicher illusionärer Denkweise zeugen.

So erschien in der „Süddeutsche Zeitung“ ein Artikel von Günter Grass, dem Schriftsteller, der sich – vor allem in den 1960er Jahren²⁹ – offen auf zahlreichen Kundgebungen für die SPD und die neue Ostpolitik einsetzte und für Willy Brandt sogar Reden vorbereitete um ihm auf diese Weise bei den Wahlkampagnen zu hel-

²² H. Nannen, *Nun sag, wie hast du's mit der Illusion?*, in: Der Stern vom 4.3.1968.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd.

²⁹ Vgl. dazu: C. Tessmer (Hrsg.), *Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen*. Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 6, Berlin 2000, S. 35.

fen³⁰. Zu seinem Engagement für Willy Brandt und seine neue Ostpolitik äußerte sich Grass in einem Interview mit Adam Krzemiński folgenderweise: „Polityka, jaką prowadzi Brandt, potrzebuje rozgłosu, gdyż zakłada ona konieczność przemiany mentalności, przede wszystkim starszego pokolenia. A tu właśnie pisarze są pomocni; wyjaśniają, wskazują.”³¹. In seiner Aussage *Verlorene Provinzen – Gewonnene Einsicht*³², die gerade dem Warschauer Vertrag gewidmet ist, präsentiert der spätere Literaturnobelpreisträger sachliche und realistische Argumente, die für die Anerkennung der territorialen Nachkriegsrealitäten sprechen. Für den Verlust des deutschen Ostens macht Günter Grass den deutschen Nationalismus und den deutschen Angriff auf Polen verantwortlich und eine eventuelle Rückkehr dieser Gebiete zu Deutschland hält er für vollkommen unrealistisch und nennt es einfach eine Utopie und Illusion. Grass konstatiert: „Fünfundzwanzig Jahre lang waren **Illusionen** [h. v. R. S.] billig zu haben, fanden politische Hausierer Kundenschaft, sobald sie ihr Sprüchlein von der friedlichen Rückgewinnung feilboten, und wurde, wider bessere Einsicht, den Heimatvertriebenen Hoffnung gemacht: die Heimkehr sei möglich, was verloren ist, sei nicht verloren. Dabei wußten Adenauer und Kiesinger, dabei wissen Barzel und Strauß, daß sich niemand aus der Geschichte und ihren Konsequenzen herauswindeln kann. Dennoch setzen sie auf wahltaktischen Betrug; Persönlicher Ehrgeiz und mangelnder politischer Mut hinderten Parteipolitiker, die Wahrheit zu sagen und nötigten ihnen ein Verhalten ab, das zur Verschleierung der Wirklichkeit, zur Verbitterung der Flüchtlinge und zum mordlustigen Rechtsradikalismus geführt hat.”³³. Mit seinem Text greift Grass die ehemaligen und die jetzigen CDU/CSU-Funktionäre an. Seine Äußerung „politische Hausierer“ gilt all denen, die nach einer Revision der Grenze streben, was für Grass angesichts der europäischen Realitäten ein fruchtloses Festhalten in Illusionen ist.

Auch die einflussreiche Herausgeberin der politischen Wochenschrift „Die Zeit“ Marion Gräfin Dönhoff wünscht sich in ihrem Artikel *Ein Kreuz auf Preußens Grab. Zum deutsch-polnischen Vertrag über die Oder-Neiße-Grenze*³⁴, dass endlich die falschen Versprechungen von einer möglichen Revision der Oder-Neiße-Grenze aufhören. Dönhoff gehörte ähnlich wie Henri Nannen in den 1960er Jahren zu den „vernünftigen“ Journalisten, die versuchten, aus der Geschichte Konsequenzen zu ziehen und ohne Vorurteile auf die östlichen Nachbarn zu blicken. Die Zeit-Herausgeberin wurde ebenfalls vom Bundeskanzler Brandt zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages nach Warschau eingeladen. Ihre Anwesenheit

³⁰ Vgl. hierzu: M. Latkowska, *Günter Grass i polityka*, Warszawa 2008, S. 33–73.

³¹ „Die Politik, die Brandt betreibt, bedarf mehr Publizität, da sie auf die Unerlässlichkeit einer Mentalitätsänderung, vor allem bei der älteren Generation, abzielt. Und gerade hier können Schriftsteller zur Hilfe stehen. Mit einer Aufhellung oder einem Hinweis.“ [Übersetzt von R. S.], in: *Polityka* vom 19–26. 12 1970, Zu Grass' Engagement für den Politiker Willy Brandt vgl. auch: G. Grass, *Über das Selbstverständliche. Reden. Aufsätze, Offene Briefe. Kommentare*, Neuwied 1968, S. 22 – 36 und S. 53.

³² G. Grass, *Verlorene Provinzen – gewonnene Einsicht*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28/29.11.1970.

³³ Ebd.

³⁴ M. Gr. Dönhoff, *Ein Kreuz auf Preußens Grab. Zum deutsch-polnischen Vertrag über die Oder–Neiße–Grenze*, in: *Die Zeit* vom 20.11.1970.

in Warschau, als einer persönlich von der Vertreibung Betroffenen, war für den Kanzler sehr wichtig, konnte aber nicht zustande kommen. Je näher der Tag der Unterzeichnung rückte, umso größere Bedenken hatte die Journalistin. In einem ihrer Bücher stellt sie die Argumente dar, die sie dazu bewogen haben, ihre Teilnahme an den Feierlichkeiten abzusagen: „Willy Brandt hatte Günter Grass, Siegfried Lenz, Henri Nannen und mich eingeladen, ihn auf jener Reise nach Warschau zu begleiten. Ich hatte zugesagt, denn schließlich war ich seit vielen Jahren für eine aktive Ostpolitik eingetreten. Aber je näher das Datum rückte, desto ungemütlicher war mir zumute: Zwar hatte ich mich damit abgefunden, daß meine Heimat Ostpreußen endgültig verlorengegangen ist, aber selber zu assistieren, während Brief und Siegel darunter gesetzt werden, und dann, wie es nun einmal unvermeidlich ist, ein Glas auf den Abschluß des Vertrages zu trinken, das erschien mir plötzlich mehr, als man ertragen kann.“³⁵. Dönhoff sah sich leider gezwungen abzusagen. In einem persönlichen Brief teilte sie dem Bundeskanzler entschuldigend ihre Absage mit. Nach seiner Rückkehr aus Warschau richtete auch Willy Brandt einen persönlichen Brief an die Journalistin und äußerte sein Verständnis für ihr Verhalten.³⁶ Dönhoff war auch nach 25 Jahren nach dem Verlust der Heimat auf die Situation nicht vorbereitet, an einer offiziellen Besiegelung dieses Verlustes teilzunehmen. Der häufig angeführte Artikel *Ein Kreuz auf Preußens Grab* verdeutlicht, dass sich Marion Dönhoff im Jahre 1970 mit dem Verlust ihrer Heimat bereits abgefunden zu haben scheint, ihn aber offiziell nicht besiegeln und mitfeiern will. Dieser Abschied einer ostdeutschen Gräfin von der Heimat im Osten, in der ihre Familie Jahrhunderte lang sesshaft war, war aber für sie bestimmt eine sehr traurige Erfahrung. Von einem mühsamen Prozess des allmählichen Abfindens mit dem Heimatverlust bei der namhaften Zeit-Gründerin zeugen die zwei weiteren Aussagen. In einem ihrer früheren Artikel aus dem Jahre 1949, den Marion Dönhoff *Polen annektiert Ostdeutschland* betitelt, kritisiert sie scharf die Entscheidung der polnischen Regierung, die Oder-Neiße-Gebiete „in die reguläre polnische Verwaltung“ einzugliedern. Sie verweist auf die Vereinbarungen der Konferenzen in Jalta und Potsdam, wonach die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze der Friedenskonferenz überlassen wurde, und äußert sich folgenderweise: „Man kann den ungebrochenen Optimismus, mit dem der gleiche Stalin heute glaubt, die 800jährige Geschichte der deutschen Ostprovinzen auslöschen zu können, nur bewundern.“³⁷. In Dönhoffs Entschluss, an den Feierlichkeiten zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages nicht teilzunehmen, manifestiert sich deutlich ihre Trauer über die verlorene Heimat. In einem anderen Artikel aus dem Jahre 1964 erklärt sich Dönhoff zwar bereit, sich mit Polen zu versöhnen, aber zu einem besiegelten Verzicht auf ihre Heimat scheint sie sich in diesem Jahr noch nicht bereit zu fühlen: „Man kann sich mit Verlusten *abfinden*, auf Vermögenswerte kann man auch *verzichten*, aber niemand, der aus

³⁵ Vgl. M. Gr. Dönhoff, *Deutschland, deine Kanzler. Die Geschichte der Bundesrepublik 1949–1999*, München 1999, S. 198–199.

³⁶ Ebd., S. 199.

³⁷ Vgl. M. Gr. Dönhoff, *Polen annektiert Ostdeutschland*, in: Die Zeit vom 13.1.1949.

dem Osten stammt, wird auf Land verzichten. Man muss sich mit dessen Verlust abfinden, man kann den Menschen zumuten, ein Leben lang darum zu trauern, ohne je auch nur einen Stein aufzuheben gegen den, der die Heimat raubte, aber man kann ihnen nicht auch noch zumuten, diesen Verzicht auszusprechen. Das wäre, als verlangte man von ihnen, ihre Toten zu verraten.“ [Hervorhebungen von M. D.]³⁸. Liegen in diesem Bekenntnis die wahren Gründe für die Absage Dönhoffs an Willy Brandts Einladung nach Warschau? Für Dönhoff erfolgt das Abfinden mit dem Heimatverlust wesentlich leichter als ein Artikulieren und eine Besiegelung dieses Verlustes. Ihre große Verbundenheit mit dem Osten und ihre (möchte man sagen) Heimatlosigkeit im Westen bringt die Journalistin in dem erwähnten Artikel *Ein Kreuz auf Preußens Grab* zum Ausdruck: „Die Bundesrepublik mit ihrer offenen Gesellschaft und der Möglichkeit in ihr menschlich und ziemlich frei zu leben, ist ein Staat, an dem mitzuarbeiten und den mitzugestalten sich lohnt – aber Heimat? Heimat kann sie dem, der aus dem Osten kam, nicht sein.“³⁹. Dönhoff trauert, aber ihre Trauer hindert sie nicht daran, sich für den Warschauer Vertrag auszusprechen. Sie ist bemüht, die entstandene Situation realistisch zu beurteilen und versucht allen Gegnern des Abkommens klarzumachen, dass das Kreuz auf Preußens Grab schon vor 25 Jahren aufgestellt wurde. Des Verlustes der Gebiete, die 700 Jahre lang deutsch waren, beschuldigt sie lediglich das Dritte Reich und den „Abenteurer“ Adolf Hitler, „dessen Brutalität und Größenwahn 700 Jahre deutscher Geschichte auslöschten“⁴⁰. Marion Gräfin Dönhoff sieht auch keine Möglichkeit mehr, dass diese strittigen Gebiete wieder deutsch werden. Sie äußert sich dazu: „Jetzt ist das Land polnisch. Fast die Hälfte aller heute in den alten deutschen Gebieten lebenden Menschen wurde bereits dort geboren. [...] Niemand kann heute mehr hoffen, daß die verlorenen Gebiete je wieder deutsch sein werden. Wer anders denkt, der müßte schon davon träumen, sie mit Gewalt zurückzuerobern. Das würde heißen, wieder Millionen Menschen zu vertreiben – was nun wirklich keiner will.“⁴¹. Die Publizistin, obwohl selbst aus der Heimat vertrieben, hat den journalistischen Mut, die Vertreter und die Politik der Landsmannschaften anzugreifen.⁴² Die dönhoffschen Worte: „Man muß hoffen, daß darum nun auch die Polemik der Landsmannschaften, für die jeder ein Verräter ist, der ihre **Illusionen** [h. v. R. S.] nicht für Realitäten hält, eingestellt wird“⁴³ deuten darauf hin, dass auch die Autorin zu denjenigen vernünftigen Publizisten gehört, die eine Rückkehr in den ehemals deutschen Osten und jegliche

³⁸ Vgl. M. Gr. Dönhoff, *Versöhnung – ja, Verzicht – nein*, in: Die Zeit vom 4.9.1964.

³⁹ M. Gr. Dönhoff, *Ein Kreuz auf Preußens Grab. Zum deutsch-polnischen Vertrag über die Oder–Neiße-Grenze*, in: Die Zeit vom 20.11.1970.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd.

⁴² Marion Gräfin Dönhoff wurde wegen ihrer Ansichten und ihres Lebensweges u. a. von den Vertretern der landsmannschaftlichen Organisationen als „rote Gräfin“ bezeichnet und heftig bekämpft. Vgl. hierzu die Polemik gegen ihren Artikel *Ein Kreuz auf Preußens Grab: Die Irrtümer der roten Gräfin*, in: Der Sudetendeutsche vom 11.12.1970.

⁴³ M. Gr. Dönhoff, *Ein Kreuz auf Preußens Grab. Zum deutsch-polnischen Vertrag über die Oder–Neiße-Grenze*, in: Die Zeit vom 20.11.1970.

Hoffnung auf eventuelle Grenzkorrekturen dem Illusionären angleichen. Für die Zeit-Gründerin, die in den späteren Jahren so viel für die deutsch-polnische Verständigung und Annäherung getan hat, sind die Auffassungen und Positionen derjenigen Publizisten und Politiker, die Deutschland in den Grenzen von 1937 sehen, Illusionen und traumhafte Wunschvorstellungen.

Eine andere Stimme, die es verdient, in diesem Beitrag besprochen zu werden, ist der im Dezember 1970 in „Die Zeit“ erschienene Artikel *Nachdenken über Warschau*⁴⁴. Der aus Masuren stammende Schriftsteller Siegfried Lenz, ebenfalls einer der prominentesten Begleiter Willy Brandts bei der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, bezeichnet darin die Möglichkeit einer Rückkehr des ehemals deutschen Ostens zu Deutschland auch als illusionäres Wunschdenken. Auch der im masurischen Lyck (Elk) geborene Autor der „Deutschstunde“ hat sich in den 1960er und 1970er Jahren für die neue Ostpolitik Willy Brandts engagiert⁴⁵. Nach seinem Besuch in Warschau und somit der Legitimierung der „Verzicht-Politik“ der SPD/FDP-Regierung erhielt er viele Beschimpfungsbriefe. Seine Leser warfen ihm vor, seine Heimat im Osten verraten zu haben, und schickten dem Autor demonstrativ mit Bemerkungen wie „Hier, nehmt Euren Dreck zurück“ ihre Bücher zurück⁴⁶. Als eine Reaktion auf diese Hetzkampagne kann man den Roman „Heimatmuseum“ betrachten, in dem der aus seiner masurischen Heimat vertriebene Protagonist das von ihm in Schleswig-Holstein aufgebaute Heimatmuseum selbst verbrennt, als es die Vertriebenenfunktionäre zur Erreichung eigener (revanchistischer) Ziele ungerechtfertigterweise für sich beanspruchen wollen. Damit distanzierte sich Lenz unmissverständlich von dem ideologischen Heimatbegriff eines Teils seiner Leserschaft. An seiner Haltung zu Polen, die er 1972 in einer Wahlkampfschrift in der Parole „Verlorene Heimat – gewonnene Nachbarschaft“⁴⁷ zusammenfasste, der Notwendigkeit einer Verständigung und Versöhnung mit jenem Land, aus dem er selbst kam, hat der Autor keinen Zweifel gelassen⁴⁸. Auch er vertritt die Position, dass die Deutschen selbst die Schuld für den Verlust der Heimat tragen, da sie sich zum Krieg von Hitler überreden ließen, der „aus den jetzt verlorenen Provinzen sogenannte Bereitstellungsräume zum Angriff machte“⁴⁹. Lenz wendet sich gegen die Verfechter der kaltkriegserischen Rhetorik: „Auch Geschichte hat ihre Kausalität; wir müssen sie anerkennen. Der Verlust hat allemal früher begonnen; daß es ein langandauernder, ein gestreckter Verlust ist, liegt an den **Illusionen** [h. v. R. S.], die man vielen einpflanzte, und an den schlimmen Verheißungen, die man jahrelang sonntags verkündete.“⁵⁰ Auch Siegfried Lenz sieht die Ursache für die Entstehung der Oder-Neiße-Grenze ausschließlich im verlorenen Krieg. Das

⁴⁴ Vg. S. Lenz, *Nachdenken über Warschau*, in: Die Zeit vom 18.12.1970.

⁴⁵ E. Maletzke, *Siegfried Lenz. Eine biographische Annäherung*, Springe 2006, S.106.

⁴⁶ Ebd., S. 109.

⁴⁷ Zu finden in: <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a03-03827.pdf> (Zugriff am 20.08.2014).

⁴⁸ Vgl. http://www.deutscheundpolen.de/personen/person_jsp/key=siegfried_lenz.html (Zugriff am 20.8.2014).

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd.

Festhalten an den Grenzen von 1937 und der falschen, von zahlreichen Politikern und Vertriebenenfunktionären wach gehaltenen Hoffnung auf eine Wiedererlangung der östlichen Provinzen lehnt er entschieden ab und hält sie offen für Utopie und Illusion. Nach Lenz' Ansicht ist der Verlust umso schmerzhafter, da die Bundesbürger in ihrem illusionären Denken von vielen Politikern „jahrelang sonntags“ unterstützt wurden. Wahrscheinlich meint Lenz mit „sonntags“ die häufigen von verschiedenen Landsmannschaften organisierten Treffen (darunter den jährlichen „Tag der Heimat“), bei denen sehr häufig eingeladene Politiker das Wort ergriffen und bei denen entschiedene (bei dem polnischen Nachbarn für Beunruhigung sorgende) Unmut-Parolen ausgesprochen wurden.

Schlussbetrachtung

Die in diesem Beitrag herangezogenen Artikel aus der bundesdeutschen Presse, die vornehmlich aus der Feder der prospektiv gesinnten Autoren stammen, thematisieren den Verlust der ehemaligen deutschen Provinzen im Osten und zielen insgesamt darauf ab, nach Möglichkeiten einer Anerkennung des territorialen Status quo in Europa und somit nach einem europäischen Dialog zu suchen. Es ist beachtenswert, dass sich bereits in den 1950er und 1960er Jahren, inmitten des erstarten Ost-West-Konflikts weitsichtige Publizisten finden, die zu der Erkenntnis kommen, dass es ohne eine deutsch-polnische Verständigung keine Rede von einer Entspannung in Europa sein kann. Hohe Anerkennung verdienen auch diejenigen Publizisten, die aus der Geschichte Konsequenzen ziehen wollen und die es wagen, den Wunsch nach einer Rückkehr der ehemaligen deutschen Heimat zu Deutschland, einer ungesunden Illusion anzugleichen⁵¹. Dieser Wunsch, der von zahlreichen Politikern und Vertriebenen in den ersten Jahrzehnten nach 1945 wach gehalten wurde und von vielen Publizisten unterstützt wurde, stieß in der sog. Prestigepresse, deren Aussagen und Argumentationsweisen meist frei von Emotionen, sachlich und rational waren und von einem klaren Geschichtsbewusstsein zeugten, auf entschiedene Kritik und Ablehnung. In der Auffassung dieser prospektiven Publizisten konnte diese Rückkehr in die alte deutsche Heimat nur in der Welt der Träume realisiert werden. Ein Abschied von diesem utopischen Denken war deshalb umso schmerzlicher, weil er nach jahrelangen Versicherungen der westdeutschen Politiker, die Grenze an der Oder und Neiße werde von der BRD niemals akzeptiert werden, erfolgte. Viele Autoren waren sich im Klaren, dass auch mit friedlichen Mitteln an eine Wiedererlangung der ehemals deutschen Landstriche nicht zu denken ist. Es schmerzt das Verlorene, dennoch nehmen diese Autoren die Realitäten auf dem europäischen Kontinent wahr und wollen dem Festhalten im illusionären und emotionellen Wunschdenken an eine Rückkehr der alten Heimat zu Deutschland ein Ende setzen.

⁵¹ Vgl. hierzu auch den interessanten Spiegel-Artikel: *Oder-Neiße-Grenze. Gott behüte*. Angekündigt durch das Bild der Oder und den Titel *Oder-Neiße-Grenze. Ende einer Illusion* auf der ersten Seite, in: Der Spiegel vom 4.5.1970.

LITERATURVERZEICHNIS

- Beer K. W. 1956.** *Denkt das Volk so?*, in: Die Zeit vom 24.3.1956.
- Behrens A. (Hrsg.). 2010.** „Durfte Brandt knien?“. *Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag. Eine Dokumentation der Meinungen*, Bonn.
- Benckiser N. 1959.** *Der Rechtsstandpunkt*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.11.1959.
- Boll F. / Wysocki W. / Zimmer K. (Hrsg.). 2009.** *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik*, Bonn.
- Dönhoff M. Gr. 1999.** *Deutschland, deine Kanzler. Die Geschichte der Bundesrepublik 1949–1999*, München.
- Dönhoff M. Gr. 1970.** *Ein Kreuz auf Preußens Grab. Zum deutsch-polnischen Vertrag über die Oder–Neiße-Grenze*, in: Die Zeit vom 20.11.1970.
- Dönhoff M. Gr. 1949.** *Polen annektiert Ostdeutschland*, in: Die Zeit vom 13.1.1949.
- Dönhoff M. Gr. 1964.** *Versöhnung – ja, Verzicht – nein*, in: Die Zeit vom 4.9.1964.
- Grass G. 1968.** *Über das Selbstverständliche. Reden. Aufsätze, Offene Briefe. Kommentare*, Neuwied.
- Grass G. 1970.** *Verlorene Provinzen – gewonnene Einsicht*, in: Süddeutsche Zeitung vom 28/29.11.1970.
- Freund M. 1956.** *Volk ohne Geschichte. In der Schlucht zwischen Vergangenheit und Zukunft*, in: Die Zeit vom 26.07.1956.
- Kissinger H. 1965.** *Wege zur deutschen Einheit*, in: Die Zeit vom 15.5.1965.
- Krzemiński A. 1970.** Interview mit Günter Grass, in: *Polityka* vom 19–26. 12 1970.
- Labuda G. 1974.** *Polska granica zachodnia. Tysiąc lat dziejów politycznych*, Poznań.
- Latkowska M. 2008.** *Günter Grass i polityka*, Warszawa.
- Lenz S. 1970.** *Nachdenken über Warschau*, in: Die Zeit vom 18.12.1970.
- Maletzke E. 2006.** *Siegfried Lenz. Eine biographische Annäherung*, Springe.
- Mechtenberg Th. 2013.** *Interkulturelle Empathie. Beiträge zur deutsch-polnischen Verständigung*, Frankfurt/M.
- Merseburger P. 2009.** *Die Zeit der großen Gefühle*, in: Der Spiegel/Geschichte vom 31.3.2009.
- Nannen H. 1968.** *Nun sag, wie hast du's mit der Illusion?*, in: Der Stern vom 4.3.1968.
- Nannen H. 1961.** *Keine Illusionen in der Deutschlandpolitik*, in: Der Stern vom 28.6.1961.
- Niedhart G. 2010.** „Phase widerspruchsvollen Wandels“. *Willy Brandts Entspannungspolitik und die deutsch-polnischen Beziehungen 1966–1974*, in: Boll F. / Ruchniewicz K. (Hrsg.) 2010, „Nie mehr eine Politik über Polen hinweg“. *Willy Brandt und Polen*, Bonn.
- Pleyer W. 1968.** *Der Dolchstoß der Linkskatholiken*, in: Der Sudetendeutsche vom 8.3.1968.
- Schlüter K. 2010.** *Günter Grass im Visier. Die Stasi-Akte*, Berlin.
- Stehle H. 1964.** *Linie oder Grenze? Zum Oder–Neiße–Streit: der historische Hintergrund*, in: Die Zeit vom 30.10.1964.

- Stehle H. 1970.** *Schlußpunkt unter die Vergangenheit*, in: Die Zeit vom 11.12.1970.
- Stokłosa K. 2011.** *Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990*, Göttingen.
- Schneider Ch. 2008.** *Der Kniefall von Warschau: Spontane Geste – bewusste Inszenierung?*, in: Paul G. (Hrsg.). 2008. *Das Jahrhundert der Bilder*. Bd. II: 1949 bis heute, Göttingen.
- Tessmer C. (Hrsg.). 2000.** *Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen*. Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 6, Berlin.
- Wolffsohn M. / Brechenmacher Th. 2005.** *Denkmalsturz? Brandts Kniefall*, München.
- Die Irrtümer der roten Gräfin*, in: Der Sudetendeutsche vom 11.12.1970.
- Oder–Neiße–Grenze. Das große Tabu*, in: Der Spiegel vom 22.11.1961.
- Oder–Neiße–Grenze. Gott behüte*, in: Der Spiegel vom 4.5.1970.
- Oder–Neisse. Was man gestohlen hat*, in: Der Spiegel vom 08.04.1959.
- Umfragen. Oder–Neiße–Grenze*, in: Der Spiegel vom 26.10.1970.
- <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a03-03827.pdf>
- http://www.deutscheundpolen.de/personen/person_jsp/key=siegfried_lenz.html

ZUSAMMENFASSUNG

Im vorliegenden Beitrag wurde der Versuch unternommen, anhand ausgewählter Presseartikel auf den mühevollen Prozess der Akzeptanz der Grenze an der Oder und Neiße in der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu verweisen. Herangezogen und besprochen wurden vor allem diejenigen Artikel, in denen einerseits der bittere Verlust der deutschen Heimat wahrgenommen wird, andererseits wird das unfruchtbare Festhalten an den Wunschvorstellungen von einer Rückkehr des ehemaligen deutschen Ostens zu Deutschland einer Kritik unterzogen und offen den Illusionen angeglichen. Die besprochenen Artikel stammen aus der Feder namhafter deutscher Persönlichkeiten (Grass, Dönhoff, Lenz, Nannen).

SCHLÜSSELWÖRTER: Geschichte der deutschen Kultur, Presse der Bundesrepublik Deutschland, deutsch-polnische Grenze

STRESZCZENIE

W niniejszym przyczynku dokonana została na podstawie analizy wybranych artykułów prasowych próba ukazania niezwykle trudnego procesu godzenia się Niemców z ustaloną w Poczdamie granicą na Odrze i Nysie. W artykule omówione zostały przede wszystkim artykuły tych autorów, którzy z jednej strony dostrzegają bolesną utratę niemieckich prowincji na wschodzie, z drugiej strony jednak podają bezowocne obstawanie przy nierealnych zamysłach powrotu niegdysiejszych ziem wschodnich do Niemiec ostrej krytyce i przyrównują je otwarciu do iluzji. Omówione artykuły wyszły spod pióra znanych niemieckich przedstawicieli życia społecznego (Grass, Dönhoff, Lenz, Nannen)

SŁOWA KLUCZOWE: historia kultury Niemiec, prasa RFN, granica polsko-niemiecka